



Wie die europäische Politik Fluchtursachen schafft, sich jedoch ihrer Verantwortung zum Schutz der Flüchtenden entzieht

AG Globalisierung & Migration

59,5 Millionen Menschen sind nach Angaben des UNHCR derzeit weltweit auf der Flucht. Nur ein Bruchteil davon sucht Schutz und eine Lebensperspektive in Europa. 86% der Flüchtenden leben in großen Lagern in den Nachbarländern ihrer Heimat – unter oft katastrophalen Bedingungen. Während viele Menschen aus der EU leicht an ein Visa kommen, um in die entferntesten Länder zu reisen, müssen Menschen aus den Ländern des Südens viel Geld aufwenden und oft ihr Leben riskieren, um einen geschützten Ort zu erreichen. Legale Einwanderungsmöglichkeiten gibt es für sie nicht. Das führt dazu, dass allein 2014 mindestens 3.000 Menschen bei dem Versuch ums Leben kamen, das Mittelmeer zu überqueren. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Auch wenn die Welt durch die Globalisierung enger zusammengewachsen zu sein scheint, rüsten die reichen Länder des Nordens ihre Grenzen auf und schotten sich ab. Globale Bewegungsfreiheit ist und bleibt so ein Privileg des Nordens, welches den Menschen aus den Ländern des Südens verwehrt wird. Dabei bleibt weitgehend unbeachtet, welchen immensen Anteil die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik bei der Verstärkung von Fluchtursachen einnimmt. In Deutschland und Europa werden Menschen, die aufgrund von Perspektivlosigkeit die Flucht antreten, abgewiesen, obwohl die EU mit ihrer neoliberalen Politik viele Gründe für die Flucht der Menschen schafft.

BEISPIEL 1 · Freihandelsabkommen: Zerstörung lokaler Märkte durch europäische Exporte

Mit bilateral verhandelten Freihandelsabkommen, den sogenannten EPAs (Economic Partnership Agreements), will die EU seit Jahren die Öffnung der Märkte der AKP-Staaten (Staaten-Gruppe der Regionen Afrika, Karibik, Pazifik) erreichen. Dabei sollen diese ihre Märkte bis zu 83% für Exporte aus der EU öffnen, d. h. schrittweise Zölle und Gebühren abbauen. Um diese Handelsvereinbarungen durchzusetzen, scheut die Europäische Union nicht davor zurück, teilweise erpresserisch vorzugehen. Dabei wird vor allem der zollfreie Zugang zum europäischen Markt als Druckmittel genutzt. Als Kenia sich wehrte, einem solchen Wirtschaftsabkommen zuzustimmen, verhängte die EU Strafzölle von 8 bis über 30 Prozent auf wichtige kenianische Exportgüter. Wenige Wochen später sah Kenia sich gezwungen, das EPA zu unterzeichnen und sich so den Forderungen der EU zu beugen. Was Kenia befürchtete, hat sich in anderen Ländern bereits bewahrheitet. Beispielsweise stimmte Ghana 2007 einem vorläufigen Abkommen mit der EU zu. In den letzten Jahren haben sich die Exporte aus der EU nach Ghana z. B. von gefrorenen Geflügelresten mehr als verdreifacht. Dies führt zwangsläufig dazu, dass kleinbäuerliche Strukturen und damit die finanziellen Lebensgrundlagen vieler Menschen nachhaltig geschädigt werden. Die europäischen Agrarexporte nach Afrika sind von 2003 bis 2013 um 10 Milliarden und damit auf 16,6 Milliarden Euro angestiegen. Die afrikanischen ProduzentInnen können schlicht mit den industriell gefertigten und hoch subventionierten Lebensmittelprodukten aus Europa nicht konkurrieren.

BEISPIEL 2 · Landraub: Das Geschäft mit dem Hunger!

Landraub bezeichnet eine Entwicklung, in der sich politisch oder wirtschaftlich durchsetzungsstarke AkteurInnen Landflächen aneignen und/oder kontrollieren. Meist geschieht dies durch internationale InvestorInnen wie Banken und Agrarkonzerne. Das globale Finanzkapital hat die Äcker der Welt als Geldanlage entdeckt, wodurch der ungestillte Hunger nach Rendite geweckt wurde. Agrarrohstofffonds spitzen diese Situation durch Spekulationen auf Preisentwicklungen der Nahrungsmittel weiterhin zu. Diese Anlagefonds werden direkt oder indirekt in bestimmte Rohstoffe wie Agrargüter, Edelmetalle oder Gas investiert. Hinzu kommt der Trend, Nahrungsmittel zu Treibstoff zu verarbeiten. Die Reichsten der Welt sichern sich so den Zugriff zu einer der wichtigsten Ressourcen unseres Planeten. Diejenigen, die das Land kaufen, bestimmen darüber, was und vor allem wie zukünftig auf den weltweiten Ackerflächen produziert wird. Besonders die Landbevölkerung leidet unter den Folgen des Landraubes. Ihr wurden in den letzten Jahren viele Möglichkeiten genommen, Nahrung sowohl für den eigenen Verbrauch als auch für den Verkauf anzubauen. Somit steht immer weniger Ackerfläche zur Ernährung von immer mehr Menschen zur Verfügung. Der Hunger derer wird verschärft, die schon jetzt zu wenig haben. Landraub bringt Arbeitslosigkeit und Landflucht mit sich und führt dazu, dass die Ungleichheiten zunehmend größer werden.



BEISPIEL 3 · Bilaterale Fischereiabkommen: Lizenz zur Plünderung der Meere

1,5 Millionen Menschen leben an der Küste Westafrikas von Kleinfischerei. Die Bedeutung der küstennahen Kleinfischerei für die Ernährungssicherheit und für die Entwicklung der lokalen Ökonomien ist enorm. Doch seit einigen Jahrzehnten spürt die handwerkliche Kleinfischerei immer stärker die Konkurrenz riesiger Trawler aus der EU. Diese Fabriksschiffe werden aufgrund der Überfischung der europäischen Meere zunehmend in außereuropäische Gewässer entsendet. Dort fischen sie auf Basis von Fischereiabkommen, mit denen die EU die Fangrechte gekauft hat, die Meere leer. Tausende FischerInnen stehen mittlerweile vor der Entscheidung zwischen Verelendung und Flucht. Die Coalition for fair Fisheries (CFFA) schätzt, dass ein Fünftel der afrikanischen Flüchtenden Fischerei-Flüchtlinge sind.

BEISPIEL 4 · Waffenexporte: Das Geschäft mit dem Tod!

50 Prozent der Menschen, die 2015 nach Deutschland geflohen sind, kommen aus Syrien und 7,1 Prozent aus Afghanistan. Sie sind Opfer von Bürgerkriegen und Militärinterventionen, geführt mit Waffen, die auch in Deutschland produziert wurden. An ihren Schicksalen wird deutlich, wohin Militärinterventionen und Waffenexporte führen: Konflikte werden nicht befriedet, sondern befeuert, und die Zahl der zivilen Opfer steigt. Die EU und die USA verursachen mit jeder Militärintervention mehr Flüchtende. Und auch die deutsche Rüstungsindustrie verdient sich eine goldene Nase an Kämpfen und Kriegen rund um den Globus. So sind 2015 mit der weltweiten Zunahme der Konflikte auch die Rüstungsexporte aus Deutschland deutlich angestiegen.

Was es braucht: Ein solidarisches Europa nach innen und nach außen!

Die Europäische Union muss sich ihrer Verantwortung für die Verstärkung von Fluchursachen stellen. Nationalstaatliche Lösungen wird es hinsichtlich der Aufnahme und Integration von Flüchtenden nicht mehr geben. Es sei denn wir wollen ein Europa verstärkter nationaler Egoismen, ein Europa der Grenzen und Abschottung. In der Folge würden noch weit mehr Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer den Tod finden.

Deshalb fordern wir: Freihandelsabkommen stoppen!

Wir können und wollen nicht mehr mit ansehen, wie Menschen in den Ländern des Südens die Lebensgrundlagen entzogen werden. Darum fordern wir ein Ende jener Freihandelspolitik, die auf dem Rücken der ökonomisch Schwächsten stattfindet. Beim Handel sollte es um Austausch gehen, in dem ökologisch und kulturell unterschiedliche Regionen ihre Erzeugnisse, Fähigkeiten und Kreativität teilen. Die Regeln für einen gerechten Handel sollten sich daran ausrichten, die Ökonomien verarmter und instabiler Staaten zu stärken und ihnen eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik ermöglichen.

Legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen!

Nicht die Schlepper treiben die Menschen auf die überfüllten und maroden Boote, sondern der Umstand, dass es für sie keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten in die EU gibt. Um das zu ändern, muss die EU ihre Politik zum Schutz der Außengrenzen aufgeben, die Asylrechtsverschärfungen zurücknehmen und die restriktiven Visavergabeverfahren lockern, beispielsweise durch die Vergabe von humanitären Visa in den Botschaften. Denn alle Menschen sollten ein doppeltes Bewegungsrecht haben: das Recht zu gehen und zu bleiben.

Solidarisches Verteilungssystem innerhalb Europas einführen!

Europa kann die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtenden nur gemeinsam garantieren. Dafür braucht es ein solidarisches und an den Interessen der Flüchtenden orientiertes Verteilungssystem. Das Dublin-Verfahren (wonach Flüchtende den Asylantrag in dem Land stellen müssen, welches sie als erstes betreten haben) gehört abgeschafft. Es hat viel zu lange einseitig den EU-Staaten an den Außengrenzen die Verantwortung für die Asylverfahren zugewiesen. Es bedarf einer Verteilungsquote, die sich einerseits an der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft orientiert, und andererseits die Interessen der Flüchtenden beachtet, das heißt ihnen die freie Wahl ihres Aufnahmelandes ermöglicht.

Globalisierung gerecht gestalten!

Die neoliberale Globalisierung ist einseitig nach den Wirtschaftsinteressen der Länder des Nordens gestaltet worden und hat – entgegen ihrem Versprechen nach mehr Wohlstand für alle – die Ungleichheit weiter verschärft. Die wachsende Mobilität der Menschen muss daher auch als Reaktion auf die Folgen der neoliberalen Globalisierung verstanden werden. Eine Flüchtlingspolitik, die Rassismus und Menschenfeindlichkeit verhindern will, muss bei der ungleichen Verteilung von Vermögen ansetzen: Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt nach der neusten Oxfam-Studie mittlerweile die Hälfte des weltweiten Vermögens und auch in den Ländern der EU klafft die Schere zwischen Arm und Reich weit auseinander. Werden sozial Benachteiligte gegen Schutzsuchende ausgespielt, ist das gesellschaftlich gefährlich. Vielmehr müssen Armutsbekämpfung und Aufnahme von Flüchtenden Hand in Hand gehen. Es bedarf endlich einer Besteuerung von Vermögen und Umverteilung von Reichtum im nationalen und globalen Maßstab. Denn das Problem sind nicht die Flüchtenden und MigrantInnen, sondern die politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus, die die Ungleichverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums weiter verschärfen.

Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites Netzwerk, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. In über 30 Ländern haben sich Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung, aus Kirchen und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. Allein in Deutschland machen schon über 25 000 Menschen mit. Attac streitet für ein faires Welthandelssystem, gegen die Übermacht der Finanzmärkte und gegen die lokale und weltweite Verteilungs-Ungerechtigkeit. Das Netzwerk entwickelt Alternativen für ein solidarisches und umweltverträgliches Miteinander. Attac steht für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Viele Fluchtgründe haben ihren Ursprung in den negativen Folgen neoliberaler Globalisierung; das Thema Flucht und Migration spielt deshalb bei Attac in verschiedenen Bereichen eine Rolle. Die neu gegründete AG Globalisierung und Migration beschäftigt sich mit diesen Zusammenhängen. Unter www.attac.de/migration finden sich mehr Infos zum Thema.

Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M. – Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99 – info@attac.de